



Europäischer Gerichtshof urteilt zu Auslands-BAföG

Haben Deutsche, die nicht in Deutschland aufgewachsen sind, einen Anspruch auf Auslands-BAföG? Dieser Frage ging der Europäische Gerichtshof (EuGH) nach und fällte am 24.10.2013 ein Urteil (Az. C-220-12), das die Sachlage auf der einen Seite klärt, aber auf der anderen Seite nicht vereinfacht. Ein Streitpunkt bei der Beantragung von Auslands-BAföG ist immer wieder die Frage des ständigen Wohnsitzes im Inland. Das BAföG schreibt vor, dass nur Studierende mit ständigem Wohnsitz im Inland einen Anspruch auf Auslands-BAföG haben. Dieser Regelung ist mit dem EU-Recht auf Freizügigkeit nicht vereinbar. Hier muss der Gesetzgeber folglich bald nachbessern und die §§ 5 und 6 BAföG dem EU-Recht anpassen.

Rundfunkbeitrag statt GEZ

Mit Beginn dieses Jahres wurde die GEZ bzw. die Rundfunkgebühr in den Rundfunkbeitrag umgewandelt. Als Stichtag für die neue Pflichtzahlung wurde der 1. Januar 2013 gesetzt. Unabhängig davon ob und wie viele Empfangsgeräte in einem Haushalt vorhanden sind, gilt für jede Wohnung ein fester Betrag von 17,98 Euro. Die neue Regelung entlastet Familien und Wohngemeinschaften, da sie pro Haushalt/Wohnung berechnet werden.

All diejenigen, die bisher noch nicht angemeldet sind oder noch kein Anschreiben des „Beitragsservice“ von ARD, ZDF und Deutschlandradio bekommen haben, sollten mit einer Nachzahlung zum Jahresende rechnen. Denn der Beitrag für das gesamte Jahr in Höhe von 215,76 Euro wird für das gesamte Jahr rückwirkend eingefordert werden.

Sich befreien zu lassen ist für all diejenigen möglich, die Sozialleistungen beziehen. Dazu gehören auch BAföG-Empfängerinnen. Die Befreiung muss eigens beantragt werden und gilt nur für die Dauer des Leistungsbezugs.

Neue Zeiten für die Sozialdarlehensberatung

Die Sozialdarlehensberatung und die Beratung des AStA-Sozialreferats findet ab Dezember 2013 Di. von 10-12 Uhr und Fr. von 12-14 Uhr statt.

Koalitionsvertrag ignoriert die studentische Lebensrealität

Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften äußert sich kritisch zum schwarz-roten Koalitionsvertrags.

„Die vorgesehenen Änderungen zum BAföG sind keine Reform, das ist ein Reförmchen,“ erklärt Katharina Mahrt, Vorstand des fzs. „Die Anpassungen der Bedarfsätze und Freibeträge an die tatsächlichen Lebensumstände der Betroffenen und an das vor mehreren Studierendengenerationen eingeführte BA/MA-System sind keine Erfolge, sondern Selbstverständlichkeiten in Anbetracht jahrelanger Ignoranz der Realität. Während es generell begrüßenswert scheint, endlich tragfähige Optionen in Bezug auf ein Teilzeitstudium für Studierende mit Kindern zu erarbeiten, greift dieser Ansatz nicht weit genug. Es fehlt die angemessene Berücksichtigung etwa von Studierenden mit chronischen Erkrankungen und/oder Beeinträchtigungen, zu pflegenden Angehörigen oder Nebenjob, die aufgrund der selektiven BAföG-Regelungen keine Möglichkeit der Studienfinanzierung haben. Vor allem angesichts der im Entwurf allgemein thematisierten Zielsetzung der Entbürokratisierung ist es unfassbar, dass dieses Ziel beim Thema BAföG keine Erwähnung findet. Studierende und Ämter stehen weiter unter der ständigen, unnötigen Belastung durch ausufernde Verwaltungsvorschriften und sinnlosen Nachweistau. Eine zukunftsorientierte Reform müsste eine Anpassung an die individuellen Lebensumstände der Studierenden ermöglichen: Wir brauchen BAföG endlich als elternunabhängigen Vollzuschuss, damit die Aussicht auf Verschuldung nicht weiter Menschen von einem Studium abhält. Der Gipfel der Realitätsverkennung ist jedoch die Absicht, am „Deutschlandstipendium“ festzuhalten. Obwohl offensichtlich verstanden wurde, dass die eigentliche Zielsetzung, 8% der Studierenden zu fördern, illusorisch ist, wird dieses unsoziale Instrument der Elitenförderung nicht abgeschafft, sondern lediglich die Zielmarke auf 2% herabgesetzt. Statt hier weiterhin personelle und finanzielle Kapazitäten zu verschwenden, braucht es eine breientaugliche Bildungsfinanzierung – eine Abschaffung des Deutschlandstipendiums wäre die ehrliche Einsicht eines fehlgeschlagenen Konzepts. Ebenso dürftig sehen die Planungen der Koalition zur Schaffung von mehr studentischem Wohnraum aus. Statt nur eine Prüfung der möglichen Umnutzung von Büro- und Gewerberäumen und eventuell einen Investitionszuschuss anzuregen, braucht es Sofortmaßnahmen, die verhindern, dass wie bereits seit Jahren Studierende zu Semesterbeginn – und teils weit darüber hinaus – wohnungslos sind.“

„Die einzige Investition in die Hochschulen, die der Koalitionsvertrag mit sich bringt, sind die fünf Seiten Papier hohler Phrasen über angebliche Verbesserungen. In der Hoch-



schulfinanzierung verpackt der Vertrag Altbekanntes in neue Phrasen,“ ergänzt Jan Cloppenburg, ebenfalls Mitglied im Vorstand. „Die einzig konkreten Vorhaben bestehen darin, an alten Zielen festzuhalten, so zum Beispiel an den Bundesländer-Vereinbarungen zu Bildungs- und Forschungsausgaben. Offenbar möchte sich die CDU noch nicht einmal auf eine Aufhebung des Kooperationsverbotes einlassen und entpuppt damit ihre Zusagen von vor der Wahl als pure Ablenkungsmanöver. Selbst eine vom Wissenschaftsrat empfohlene moderate Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen um die Inflation plus ein Prozent steht bisher nur in Klammern und scheint nicht gewollt. Stattdessen sollen verfehlte Pakte wie der Hochschulpakt fortgeführt werden, womit der langfristig steigende Studierneigung weiter mit kurzfristigen Lösungsversuchen begegnet wird. Außerdem werden keine Mittel für den immensen Sanierungsbedarf der Hochschulen vorgesehen und gesicherte, planbare Arbeitsverhältnisse im Wissenschaftsbetrieb sollen durch fromme Wünsche im Koalitionsvertrag entstehen.“

Amnesty International „Kino für die Menschenrechte“. Dokumentarfilm zur Situation mexikanischer Migrantinnen.

Gastbeitrag: Am Donnerstag, dem 12. Dezember, lädt die Amnesty International Hochschulgruppe zum „Kino für die Menschenrechte“ ein. Gezeigt wird der Dokumentarfilm „The Invisibles“ von Marc Silver und Gael García Bernal. Der Film zeigt die harte Realität einer der gefährlichsten Reisen der Welt. Sie erzählt die Geschichten der Menschen, die sich in der Hoffnung auf ein besseres Leben in den USA auf den Weg durch Mexiko machen. Jährlich springen Tausende Frauen, Männer und Kinder in Mexiko auf rollende Güterzüge auf. Oft wird der Traum zum Albtraum. Viele erreichen niemals ihr Ziel: Sie werden vom Zug überrollt oder unterwegs von kriminellen Banden überfallen, vergewaltigt und sogar

ermordet. Alle Besucher_innen des Filmabends sind herzlich eingeladen, die Arbeit von Amnesty International zu unterstützen und unsere aktuellen Petitionen zu Menschenrechtslage in Mexiko zu unterschreiben. Der Filmabend findet um 19:30 in H12 statt. Der Eintritt ist frei.

Buchvorstellung: Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt

Die AG freie Bildung lädt am 04.12.2013 zur Buchvorstellung von Peter Ullrich: „Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt“ in die Buchhandlung Mondo ein. Beginn ist um 20 Uhr. Eintritt natürlich frei.

Immer wieder wird in Deutschland kontrovers diskutiert, ob, wann und warum israelkritische Positionen zum Nahostkonflikt nur kaschierter Antisemitismus seien. Peter Ullrich beleuchtet neue Perspektiven: Einerseits haben Lernprozesse der vergangenen Jahrzehnte dazu geführt, dass die linke Nahostdebatte in Deutschland heute komplexer und ausgewogener ist denn je. Andererseits bleiben doch die Gefahren für eine universalistische linke Position erkennbar. Immer wieder droht der Umschlag ins Partikulare, sei es in Form von Antisemitismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit oder extremer Überidentifikation mit Konfliktakteuren. Aus wissenschaftlicher und diskursanalytischer Perspektive untersucht der Autor verschiedene Aspekte des deutschen Blicks auf den Nahostkonflikt. (Verlagsankündigung)

Peter Ullrich, Soziologe und Kulturwissenschaftler, arbeitet am Institut für Protest- und Bewegungsforschung i.G. am Zentrum für Technik und Gesellschaft sowie am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin.



Impressum / Kontakt:

Allgemeiner Studierendenausschuss (AstA)
Universität Bielefeld
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld

Telefon: 0521 / 106-3423
Fax: 0521 / 106-6499

Internet: www.asta-bielefeld.de
E-Mail: info@asta-bielefeld.de

Öffnungszeiten des AstA-Pools in C1-154:

Mo-Fr: 10-16 Uhr

AstA-Sitzung:

Mi ab 10 Uhr

Öffnungszeiten des Sekretariats in C2-120:

Mo-Do: 9:00-12:30 Uhr und 13:00-16:00 Uhr
Fr: 9:00-12:00 Uhr

Eure Meinung zur *Poolpropaganda* an: poolpropaganda@asta-bielefeld.de

Beratungszeiten:

Studienfinanzierungsberatung & NRW-Bank Darlehensabwicklung in C1-162:
Mi 12-16 Uhr, Do 11-14 Uhr

Aufenthaltsrechtliche Beratung in C1-162: Mo 11-14 Uhr

BAföG-Beratung in C1-162: Di+Mi 13-16 Uhr, Do+Fr 12-16 Uhr

Schuldner_innenberatung in C2-118: Mo 12:30-13:30 Uhr

Sozialdarlehensberatung in C2-124: Di 10-12 Uhr, Fr 12-14 Uhr

Sozialberatung in C2-118: Fr 14-16:00 Uhr

Rechtsberatung in C2-118: Di 14-15:30 Uhr, Do 12:15-13:45 Uhr

DGB Arbeits- und Sozialrechtsberatung in C2-118: Mi 11-16 Uhr

Referat für Studierende mit Behinderung in C1-186: Mi 14-17 Uhr

Verkehrsgruppe in C2-118: Mo 14-15 Uhr, Mi 10-11 Uhr, Fr 11-12 Uhr

AstA-Sozialreferat in C2-124: Di 10-12 Uhr, Fr 12-14 Uhr

Beratung zu Problemen in Studium und Lehre in C1-162:

Mo 14-16 Uhr, Mi+Do 9:30-12 Uhr

